

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 Mt., fürs  
Ausland 1,50 Mt. vierteljährlich.

# Sattler

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3gespaltene Zeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 37 .: 32. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-  
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 13. September 1918

**Inhalt. Beitragsleistung.** — Einschränkung der täglichen Arbeitszeit. — Sitzung der Schlichtungskommission für das Lederausrüstungsgewerbe für den Bezirk Elberfeld. — Bericht über die Schlichtungskommission für das Lederausrüstungsgewerbe zu Dresden. — Streiks und Lohnbewegungen. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Bücherchau. — Briefkasten der Redaktion. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 15. bis 21. September 1918 ist der 38. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

## Einschränkung der täglichen Arbeitszeit.

Durch die außerordentliche Inanspruchnahme menschlicher Arbeitskraft zur Erzeugung von Kriegsbedarfsartikeln wurde die in Arbeitsverträgen und durch tarifliche Vereinbarungen festgelegte Arbeitszeit in den meisten Fällen überschritten. Die Arbeiter haben die sie körperlich und gesundheitlich schädigenden Mehrleistungen in den Kauf genommen und damit ihr möglichstes getan, was sie dem Staate und seiner Erhaltung schuldig sind. Doch auf die Dauer läßt sich dieser Zustand nicht ertragen. Schon jetzt berichten die Ärzte über massenhafte Erkrankungen wegen Überanstrengung, verschärft durch mangelhafte Ernährung. Es gehört eine besonders große Dosis Optimismus dazu, annehmen zu wollen, der Krieg geht noch in diesem Jahre zu Ende, aber noch optimistischer müssen schon diejenigen sein, die an eine wesentliche Verbesserung auf dem Gebiete der Ernährung glauben. Es ist besser, den Dingen gerade ins Auge zu schauen und seine Maßnahmen danach einrichten, als wie nachher trübselig über Vergangenes zu jammern.

Gehen wir nun von der Tatsache aus, daß Deutschland nicht nur Gelden an der Front braucht, sondern auch Männer und Frauen, welche das Wirtschaftsleben aufrechterhalten. So ergibt sich daraus mit Notwendigkeit, daß für die Erhaltung der Heimarmee alles getan werden muß, was nur zu tun möglich ist. Wenn die Regierung etwas weniger rücksichtslos gegen die Agrarier sein würde, wenn sie dem Schieberunwesen und dem Schleichhandel energischer zu Leibe ginge. Doch über diese Regiefehler ist schon viel geschrieben worden, ohne daß sich eine merkliche Besserung gezeigt hätte. Der Gang und Drang nach Geld kennt keine Grenzen; Moral, Mitgefühl und sentimentale Anwandlungen werden davon wie von einer reißenden Flut hinweggeschwemmt, übrig bleibt nur Sumpf und ekelerregender Morast. Unter diesen mehr als trostlosen Zuständen leidet das arbeitende Volk am meisten. Jeder einzelne, ob Greis, ob Kind, ob Krüppel oder

schwängere Frau, steht vom frühen Morgen bis späten Abend ohne ausreichende Ernährung in Kapitalsfron, viel zu übermüdet und zu abgepannt, um in den wenigen Feierstunden sich ausruhen, sich erholen zu können. Angefächelt dieser traurigen Tatsache drängt sich jedem um die Volksgesundheit Besorgten die Frage auf: „Ist da keine Abhilfe möglich?“ „Ja,“ tausendmal „ja“ ist die befreiende Antwort.

Stand doch in allen Kämpfen, die die Arbeiterklasse um die Verbesserung ihrer Daseinsbedingungen geführt hat, die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit stets im Mittelpunkt ihrer Forderungen. Was unsere Organisation seit einem Menschenalter in dieser Frage erreicht hat, ist viel zu bekannt, als daß es nötig erscheint, hier die erzielten Fortschritte noch im einzelnen aufzuführen. In der Sattlerei und in der Lederverwarenindustrie ist neunstündiger Arbeitstag, die 53stündige Arbeitswoche, die Regel. Allerdings hat der Krieg mit seinen Anforderungen diese Errungenschaft in den Hintergrund gedrängt. So wie viele Arbeiterschutzbestimmungen außer Kraft gesetzt wurden, so auch die tariflichen Arbeitszeiten, besonders in der Ausrüstungsindustrie.

Laut Reichstarif ist in der Lederausrüstungsindustrie die 53stündige Arbeitswoche festgelegt. Doch viele Unternehmer haben sich um diese Bestimmung wenig gekümmert. Dort, wo früher 56, sogar 60 Stunden gearbeitet worden ist, wird diese Arbeitszeit weiter aufrechterhalten. Nicht vereinzelt sind die Fälle, wo Unternehmer bei dem sich jetzt geltendmachenden Konjunkturrückgang lieber zu Arbeiterentlassungen greifen, als wie die tarifliche Arbeitszeit einzuführen. Solches Verhalten der Unternehmer fordert nicht nur den schärfsten Protest der Arbeitnehmer heraus, sondern es muß die Tarifinstanzen veranlassen, hier einzugreifen und für strenge Beachtung der tariflichen Bestimmungen zu sorgen. Aber nicht nur für diese Betriebe, sondern allgemein ist die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung notwendig und auch der Geschäftslage entsprechend durchführbar. Wie schon angedeutet und unsern Kollegen bemerkbar geworden ist, fallen die Seeresaufträge sehr gering aus, was nach dem üblichen Gebrauch der Unternehmer große Arbeitslosigkeit zur Folge haben dürfte. Nun liegt es im Interesse der allgemeinen Volkswohlfahrt, das Heer der Arbeitslosen so klein wie möglich zu halten. Erreicht kann dies durch Streckung der Arbeitszeit werden, d. h. ehe zu dem Mittel Arbeiterentlassungen gegriffen wird, ist die Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden den Tag zu kürzen. Sollten dann noch Arbeitskräfte in der Ausrüstungsindustrie überzählig sein, so sind in erster Linie die Berufsfremden zu entlassen, besonders diejenigen, die in ihrem eigentlichen, früher ausgeübten Gewerbe Arbeitsgelegenheit finden können. Auch von den Behörden kann hier ausgleichend gewirkt werden, indem sie die Aufträge in kleineren Dosen ver-

geben, um möglichst alle Betriebe in Gang zu halten. Unsere Verbandsleitung hat bereits vor einigen Monaten in diesem Sinne Verhandlungen mit der in Betracht kommenden Unternehmerorganisation angebahnt, in der Erwartung, daß in diesem Weltkrieg auch die sozial denkenden Lederausrüstungsindustriellen in der ernststen, besonders auf die Arbeiter schwer lastenden Zeit diesen so wichtigen Fragen ein hohes Interesse entgegenbringen. Kann eine Industrie doch nur dann ihre Aufgaben dauernd erfüllen, wenn sie über eine gesunde und auch damit leistungsfähige Arbeiterschaft verfügt. Das soll durch die Verkürzung der Arbeitszeit erreicht werden.

Wenn wir bei Begründung der sich schon jetzt notwendig machenden Arbeitszeitverkürzung den Konjunkturrückgang besonders hervorgehoben haben, so wollen wir nicht zu erklären versäumen, daß wir auch ohne dieses Moment die Zeit für gekommen halten, in der die über ein Vierteljahrhundert alte Gewerkschaftsforderung: „Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Schlaf und acht Stunden Erholung“ für alle Arbeiter verwirklicht wird.

Diese Bestrebungen fanden, wie im kapitalistischen Zeitalter nicht anders zu erwarten, von jeher den schärfsten Widerstand der Unternehmer. Daß dieser Widerstand heute, nach vier schweren Kriegsjahren, deren ungeheure Menschenverluste zur weisesten Sparsamkeit mit Menschenkraft eindringlich mahnen, noch ungebrochen fortbesteht, erfahren wir durch die „Arbeitgeber-Zeitung“. Neben einigen Betrieben der Privatindustrie, die für die Seeresversorgung arbeiten und zur probeweisen Verkürzung der Arbeitszeit gekommen sind, hat auch die Seeresverwaltung selbst im besetzten Gebiete, wo die Einwohnerchaft zur Arbeitsleistung herangezogen wird, den Achtstundentag eingeführt. Daß sie sich dabei von denselben sozialen Erwägungen leiten ließ, wie die Arbeiterschaft bei ihrer Forderung des Achtstundentages, erregt die zornige Entrüstung der Unternehmer in der „Arbeitgeber-Zeitung“. Will man sich aber entrichten, so gäbe dazu nur der Umstand Anlaß, daß die Staatsgewalt, in diesem Falle verkörpert durch das Oberkommando einer Armee im besetzten Gebiet, erst jetzt sich die Auffassung zu eigen macht, welche die Arbeiterschaft immer vertreten hat, nämlich: „zur Hebung der Arbeitsluft und -kraft unter beständiger Sorge um gute Unterbringung und Verpflegung, strenge Einhaltung der achtstündigen Arbeitszeit einschließlich der Wege zur Arbeit und unter Anerkennung der Dringlichkeit von Ruhetagen die verfügbare Arbeiterzahl bestmöglichst auszunutzen“.

So ist z. B. einer Firma im Duisburger Industriegebiet vom Schlichtungsausschuß, den die Arbeiter anriefen, als ihre wiederholte Forderung auf Einführung des Achtstundentages von der Werkleitung abgelehnt worden war, aufgegeben worden, ab 3. August d. J. die verkürzte

Arbeitszeit probeweise auf sechs Wochen einzuführen und als Ausgleich für den durch die Herabsetzung der Arbeitszeit bedingten Lohnausfall den Arbeitern eine Lohnzulage von 12 Pf. die Stunde, den weiblichen und jugendlichen männlichen Arbeitern von 6 Pf. die Stunde zu zahlen. Sollten sich die an die verkürzte Arbeitszeit geknüpften Erwartungen nicht erfüllen, so ist beiden Teilen freigegeben, den Schlichtungsausschuß erneut anzurufen. Eine andere Firma hat ebenfalls unter den gleichen Bedingungen die Verkürzung der Arbeitszeit für die Dauer von vier Wochen eingeführt. Das sind Betriebe der Metallindustrie. Das Ergebnis dieser Probezeit wird das gleiche sein, wie es schon frühere Versuche ergeben haben, eine Verkürzung der Arbeitszeit wird keine Verminderung, sondern eine Steigerung der Produktion zur Folge haben.

An der Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit nach den gewaltigen Strapazen und Entbehrungen, die der Weltkrieg der deutschen Arbeiterschaft auferlegt hat, dürfte außer den Unternehmern und ihren Trabanten heute kein vernünftiger Mensch mehr zweifeln. Die deutsche Arbeiterschaft, ganz gleich, ob sie an der Front bis zur Verblutung für die Erhaltung Deutschlands und damit auch zum Schutze unserer Kapitalisten gekämpft, oder ob sie in der Heimat unter Hunger, Not und Entbehrungen täglich für die Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens geschuftet hat, muß nach Beendigung des Krieges schon aus ihrem Selbsterhaltungstrieb die Forderung der verkürzten Arbeitszeit erheben und durchzusetzen versuchen. Infolge der Entbehrungen im Felde und der Hungerkur in der Heimat kann die deutsche Arbeiterschaft eine fortgesetzte Verwüstung ihrer Arbeitskraft nicht dulden, ohne Selbstmord an ihrer Gesundheit zu begehen.

Bei der weiteren Fortdauer des Weltkrieges muß selbstverständlich die Unterernährung der Arbeiterschaft immer schärfere Formen annehmen, die Leistungsfähigkeit noch mehr vermindern und gesundheitliche Schädigungen für die Arbeiterschaft erzeugen, an denen die Arbeiter noch viele Jahre nach dem Kriege zu leiden haben. Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse hat nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch der Staat und die Gesellschaft ein volkswirtschaftliches Interesse an der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, damit die noch vorhandenen, aber zweifellos stark geschwächten Arbeitskräfte zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens beitragen können.

Mögen deshalb die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft auf Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 8 Stunden in allen Gesellschaftskreisen und in der Gesetzgebung ein weitgehendes Verständnis und eine bewusste Förderung erfahren, damit der Wunsch des deutschen Dichters Joh. Gottlieb Fichte endlich zur Wahrheit wird:

„Der Mensch soll arbeiten, aber nicht wie ein Lasttier, das unter seiner Bürde in den Schlaf sinkt und nach der notdürftigsten Erholung der erschöpfenden Kraft zum Tragen derselben Bürde wieder aufgestört wird. Er soll angstlos, mit Lust und Freudigkeit arbeiten und Zeit übrig behalten, seinen Geist und sein Auge zum Himmel zu erheben, zu dessen Anblick er gebildet ist!“

### Sitzung der Schlichtungskommission für das Lederausrüstungsgewerbe für den Bezirk Elberfeld.

Unter Vorsitz des Fabrikanten Herrn vom Dorf fand am 28. Aug. eine Sitzung der Schlichtungskommission statt.

Zur Verhandlung standen mehrere Fälle in 2. Instanz. Da der unparteiische Vorsitzende, Herr Weigeondner Dr. Holz, Elberfeld, plötzlich verhindert wurde, an der Sitzung teilzunehmen, wurden die Fälle der nächsten Sitzung überwiesen.

Außerdem standen folgende Sachen zur Verhandlung:

1. Bei der Firma Thorn in Elberfeld werden Packtaschen aus Papierstoff für Artillerie angefertigt. Ueber den Preis konnte zwischen der Firma und den Arbeitern eine Einigung nicht erzielt werden. Die Schlichtungskommission setzt für die Tasche einen Preis von 7,50 Mk. fest. Dazu kommen 10 Proz. Kriegszuschlag und die Feuerungszulage. Für Bor- und Nebenarbeiten, die nicht zur eigentlichen Anfertigung gehören, soll sich die Firma mit den Arbeitern verständigen.

2. Bei der Firma Engelhard u. Co. in Münster i. Westf. werden Kreuzkleiner aus Geburgen hergestellt. Es sind hierbei 6 Uebereinanderstellungen zu nähen und will die Firma für die Leine nur den tariflichen Lohnsatz bezahlen. Von den Arbeitern wird verlangt, daß mehr als zwei Uebereinanderstellungen besonders bezahlt werden müssen. Eine Einigung mit der Firma konnte auch durch Verhandlung mit dem Gauleiter nicht erzielt werden. Die Schlichtungskommission setzt für die Mehrarbeit für jede Uebereinanderstellung 15 Pf. fest. Dazu kommen 10 Proz. Kriegszuschlag und die Feuerungszulage. Auch über die Anfertigung von Sanitätsstornistern und Traggurten für Gefechtsborakästchen war mit der Firma eine Einigung nicht erzielt worden. Der Vertreter der Firma sagt zu, den Sanitätsstornistern der Auskunftsstelle einzuschicken und für die Traggurte nach dem Tarif, Nachtrag 1 Nr. 8 zu bezahlen und für die bereits fertiggestellten nachzuzahlen.

3. Gegen die Firma Wilke in Remscheid war Klage erhoben wegen Nichtzahlung des tariflichen Lohnes bei Instandsetzungsarbeiten. Die Firma ist nicht erschienen und wird die Sache zur nächsten Sitzung zurückgestellt. Erscheint die Firma auch hierzu nicht, wird trotzdem über die Sache verhandelt werden.

4. Der Meister Pierch der Firma Schiemenz in Elberfeld hat Klage erhoben auf Nachzahlung der Feuerungszulage. Hierzu ist erst die Streitfrage zu erledigen, ob A. bei der Firma als Meister eingestellt ist. Die Firma führt den Nachweis, daß A. als solcher bei ihr eingetreten ist und auch die Funktionen versteht. Die Klage wird daraufhin abgewiesen, da die Lohnsätze für Meister nicht unter den Reichstarif fallen.

5. Gegen die Firma Wilke in Remscheid war Klage erhoben wegen Nichtzahlung des tariflichen Lohnes bei Instandsetzungsarbeiten. Die Firma ist nicht erschienen und wird die Sache zur nächsten Sitzung zurückgestellt. Erscheint die Firma auch hierzu nicht, wird trotzdem über die Sache verhandelt werden.

6. Der Meister Pierch der Firma Schiemenz in Elberfeld hat Klage erhoben auf Nachzahlung der Feuerungszulage. Hierzu ist erst die Streitfrage zu erledigen, ob A. bei der Firma als Meister eingestellt ist. Die Firma führt den Nachweis, daß A. als solcher bei ihr eingetreten ist und auch die Funktionen versteht. Die Klage wird daraufhin abgewiesen, da die Lohnsätze für Meister nicht unter den Reichstarif fallen.

### Bericht über die Schlichtungskommission für das Lederausrüstungsgewerbe zu Dresden.

Am 30. August tagte unter dem Vorsitz des Herrn Gewerberichters Dr. Hänische als unparteiischer Vorsitzender eine Sitzung im Gewerbegericht, die sich nochmals mit der Klage gegen die Geschloßbelederungsfirmen A. Gluck und G. Freyboth beschäftigte.

Herr Elsner als Vertreter des Verbandes der Sattler und Portefeuller begründete nochmals die Forderungen der Arbeiterinnen der Firma Gluck, die Geschloßföhrer belebert haben und nur den Hilfsarbeiterinnenlohn erhielten, zumindestens aber als Handnäherrinnen entlohnt werden müssen, da sich die Zahl der Körbe zur Affordberechnung nicht mehr feststellen läßt. Auch für Tränkeimer sind statt 54 Pf. nur 32 Pf. bezahlt worden. Der Vertreter der Firma, Herr Dreier, vertritt die Ansichten der Firma, die die Arbeiterinnen nur als Hilfsarbeiterinnen betrachtet und den richtigen Lohn gezahlt haben will. Auch die Angaben über die Bezahlung der Tränkeimer bestritt er. Die als Zeugin vernommene Frau Fürtig bestätigte die Angaben des Verbandsvertreters. Nachdem sich das Gericht zur Beratung zurückgezogen hat, erucht der Herr Vorsitzende den Vertreter der Firma, doch Entgegenkommen zu zeigen, sonst müsse das Urteil gefällt werden. Herr Dreier erklärt sich schließlich bereit, 3 und 5 Pf. pro Stunde und 8 Pf. pro Tränkeimer nachzubezahlen. Der Verbandsvertreter fordert aber zumindestens 2000 Mark. Nach längeren Auseinandersetzungen erklärt sich schließlich Herr Dreier bereit, 2000 Mk. Herrn Elsner zur Verteilung an die Arbeiterinnen auszuhandigen.

Gegen die Firma Freyboth liegt dieselbe Klagesache zugrunde. Herr Böhme als Vertreter der Firma bestreitet ganz entschieden die Berechtigung der Forderungen der Arbeiterinnen. Die Arbeiterinnen hätten die halbe Zeit in der Woche mit dem Körbetransport zu tun gehabt, doch erklärt er sich nach längerer Auseinandersetzung bereit, 1500 Mk. nachzuzahlen. Vom Verbandsvertreter werden zumindestens 3000 Mk. gefordert. Nachdem sich das Gericht zur Beratung zurückgezogen hatte, rät der Herr Vorsitzende zu einer Einigung und erklärt sich Herr Böhme dann bereit, 3000 Mk. zu zahlen.

### Streiks und Lohnbewegungen.

Offenbach a. M. Die Vereinbarungen betr. Feuerungszulagen in der Lederverwarenindustrie haben folgenden Wortlaut:

Zwischen der Vereinigung der Lederverwaren- und Reiseartikelhersteller in Offenbach a. M. und dem Verband der Sattler und Portefeuller daselbst wird folgender Vertrag abgeschlossen:

1. Der unter den Vertragsparteien vereinbarte Tarifvertrag vom 1. Juli 1911 wird bis zum 30. Juni 1919 verlängert.

2. An Stelle der bisher gewährten Feuerungszulagen werden vom 1. Oktober 1918 an die nachstehenden gezahlt: an Zeitlohnarbeiter über 19 Jahre für die Stunde 38 Pf.; an Zeitlohnarbeiter unter 19 Jahren für die Stunde 29 Pf.; an jugendliche Arbeiter und Lehrlinge im 1. und 2. Jahr für die Stunde 13 Pf.; an dieselben im 3. Jahr für die Stunde 15 Pf.; an Arbeiterinnen über 17 Jahre für die Stunde 22 Pf.; an Arbeiterinnen unter 17 Jahren für die Stunde 13 Pf.; Stücklohnarbeiter erhalten auf den verdienten Lohn eine Zulage von 45 Proz.

3. Im Dezember 1918 hat unter dem Vorsitz des Stadthauptmanns Dr. Kull in Offenbach ein von beiden Vertragsparteien gleichmäßig beschickter Ausschuß darüber zu entscheiden, ob infolge einer weiteren Verschlechterung der Feuerungsverhältnisse eine weitere Erhöhung der Feuerungszulagen mit Wirkung vom 1. Januar 1919 erforderlich ist. Bejaht dieser Ausschuß die Notwendigkeit einer weiteren Feuerungszulage, so entscheiden über deren Höhe die unterzeichneten Vertragsparteien durch ihre Mitgliederversammlungen.

4. Zur Beurkundung dessen haben die Vertragsparteien dieses Abkommen unterzeichnet und gegenseitig ausgetauscht.

Offenbach a. M., den ... August 1918.  
Für die Vereinigung der Lederverwaren- und Reiseartikelhersteller. Carl Höf. Mich. Wurm.  
Für den Verband der Sattler und Portefeuller. Carl Höf. Mich. Wurm.

### Korrespondenzen.

Berlin. (C. 5. 9.) Die in der Lederausrüstungsindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahmen in einer stark besuchten, am 2. September im Gewerkschaftshause abgehaltenen Versammlung Stellung zu den immer steigenden Preisen aller Bedarfsartikel und Nahrungsmittel im Verhältnis zu der reichstariflichen Feuerungszulage vom 1. April d. J. Kollege Schulze stellte in seinem Referate fest, daß infolge der Lohnregulierung durch das Stücklohnverzeichnis in Verbindung mit den tariflichen Zuschlägen der Verdienst eine Verdoppelung gegenüber den Zeiten vor dem Kriege erfahren hat. Aber die notwendigen Ausgaben sind um das Zehnfache und Mehrfache gestiegen, so daß die soziale Lage der Kollegen sich wesentlich verschlechtert hat. Diese Tatsache können unsere Unternehmer nicht von der Hand weisen und darf erwartet werden, daß sie den erneuten Forderungen der Kollegen sich nicht verschließen. Die Berliner Branchenleitung hält eine Erhöhung der Feuerungszulage um 30 Pf. für männliche, 20 Pf. für weibliche und um 30 Proz. des Verdienstes für Stücklohnarbeiter für angemessen. In der Diskussion wurden diese Sätze für zu gering erachtet und gefordert, anstatt 30 Pf. gleich 60 Pf., anstatt 20 Pf. gleich 40 Pf. und zu den Stücklohnzuschlägen weitere 50 Proz. zu verlangen. Diese Vorschläge wurden durch Annahme folgender Resolution gutgeheißen:

„Die Versammlung der auf Militärausrüstungsstücke beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen befunden einmütig, daß die fortgesetzte Preissteigerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel ihre Lage von Woche zu Woche verschlechtert. Der erzielte Verdienst ist kaum ausreichend, um die Kosten des notdürftigsten Lebensunterhaltes zu bestreiten, und ganz unmöglich ist es, an eine Erneuerung oder Ergänzung von Kleidungsstücken oder anderen Bedarfsartikeln zu denken.“

Die überlange Dauer des Krieges schließt eine Milderung dieser Verhältnisse in absehbarer Zeit aber vollkommen aus und bewirkt eine verachtliche Kernarbeit und Verelendung der auf ihrer Hände Arbeit angewiesenen Arbeitnehmer des Gewerbes, daß zur Steuerung dieses Zustandes ein Ausgleich durch Erhöhung des Einkommens nicht mehr zu umgehen ist.

Der Reichstarif mit seinen Zeit- und Stücklöhnen bedarf darum dringend einer zeitgemäßen Revision. Als Ausmaß einer solchen Revision halten die Versammelten eine Erhöhung der jetzigen Feuerungszulagen für Affordarbeit von 25, 30 und 35 Proz. auf 75, 80 und 85 Proz., für Zeitlohnarbeiter um 60 Pf., für Zeitlohnarbeiterinnen um 40 Pf. pro Stunde für notwendig.

Die Versammelten ersuchen den Zentralvorstand des Verbandes für Sattler und Portefeuller, sofort dafür zu wirken, daß eine solche Milderung der Feuerungszulagen umgehend eintritt. Sie erwarten von der Ortsverwaltung die Hebermittlung dieser Entschlüsse an alle Militärausrüstungsfabrikanten Groß-Berlins und

beauftragt auch die Arbeiterausschüsse der einzelnen Betriebe, die gleiche Forderung in allen Werkstätten zu stellen und zu vertreten."

**Bielefeld.** (E. 5. 9.) Am 24. August tagte eine Mitgliederversammlung in der Eisenhütte. Gauleiter Kollege Schneider hielt einen interessanten Vortrag über das Thema: Unsere Organisation in der Lebensunterhalt. In ausführlicher Weise schilderte Redner, wie Deutschland durch den Krieg im Binnenhandel am meisten gelitten hat. Drei Viertel der Ausfuhr ist unterbrochen. Auch bei Beendigung des Krieges werden nicht gleich bessere wirtschaftliche Verhältnisse eintreten. Von unseren Lebensmitteln waren sämtliche Reservestoffe 1918 verbraucht und es fehlt die Jagd nach Ersatz ein, worin auch in nächster Zeit keine Besserung eintreten wird. Unsere Regierung beschäftigt sich mit den Fragen: Kapitalbeschaffung, Arbeiterfragen und Rohstoffversorgung. Durch Hinzuziehung von berufenen Arbeitervertretern wird es an der Regierung liegen, alle diese Fragen so auszuweisen, daß wir am Schluß des Krieges wieder ein gesundes und tatkräftiges Deutschland finden. Reichler Beisatz lobte den Redner am Schluß.

Wegen vorgerückter Zeit mußte der Punkt Erhöhung unserer Volkswirtschaften abgehakt werden. Zum Punkt Abhaltung eines Verbandstages waren fast alle Kollegen der Meinung, daß es verfrüht sei, einen solchen einzuberufen. Es kann an dieser Stelle ausgesprochen werden, daß wohl die gesamte Verwaltungsstelle Bielefeld diesen Standpunkt teilt. Am Schluß der Versammlung nahm dieselbe noch folgende Resolution an:

„Die am 24. August tagende Mitgliederversammlung der Saffler und Portefeuille Bielefelds ersucht die Zentraltariffkommission, angesichts der sich andauernd kolossal erhöhenden, aller zum notwendigen Lebensunterhalt bedingenden Mittel zum 1. Oktober eine erhöhte Teuerungszulage zu erwirken, da die gegenwärtigen Zulagen bei weitem nicht mehr genügen.“

Auch Einsender dieses steht auf dem Standpunkt, daß es jetzt noch nicht an der Zeit sei, einen Verbandstag einzuberufen. Sind doch die meisten tüchtigen Kollegen im Reich eingezogen und an ihrer Stelle bekümmern viel Kollegen verantwortungsvolle Posten, von denen man noch nicht weiß, ob sie dem Verband bei einer wichtigen Abstimmung nützen oder schaden. Hinzukommt noch das gesamte Unterführungsweesen, Zahlung der Beiträge, ihre Staffelung und noch verschiedenes mehr, wo unsere alten Kollegen doch wohl auch noch ein Wort mitzureden haben. Auch die Verschmelzungsfrage wird bei einem kommenden Verbandstage eine wichtige Rolle spielen. Aus allen diesen Gründen, und da man auch mit der Leitung der Geschäfte des Zentralvorstandes während des Krieges ziemlich einverstanden sein kann, ist es angebracht, vor einer Abhaltung des Verbandstages Abstand zu nehmen.

**Paul Meike,** Schriftführer.

**Göln** (E. 8. 9.) Samstag, den 31. August, beschäftigte sich hier eine gutbesuchte außerordentliche Mitgliederversammlung mit der Erhöhung der Teuerungszulage. Die Kollegen Richter und Schneider besprachen kurz die immer steigende Teuerung für alle notwendigen Bedarfsartikel zum Lebensunterhalt sowie den in letzter Zeit stark in Erscheinung tretenden Verdienstrückgang infolge des Niederganges an Arbeitsgelegenheit. In der Diskussion waren alle Redner der Ansicht, daß der Verdienst bei den heutigen Verhältnissen nicht mehr ausreichend ist. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen: „Die heute tagende Mitgliederversammlung findet die gegenwärtig gewährte Teuerungszulage den heutigen Verhältnissen nicht mehr angemessen. Die sprunghaft in die Höhe gegangenen und noch stetig steigenden Preise für alle Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände bedingen eine Erhöhung der Teuerungszulage. Die Versammlung beauftragt daher den Zentralvorstand, Schritte zu unternehmen, um eine Erhöhung der Teuerungszulage zu erreichen.“ — Hierauf wurde die bisherige Unfähigkeit der örtlichen Schlichtungskommission beleuchtet und die Arbeitnehmerbeisitzer gewählt. In Zukunft finden die Versammlungen wieder im „Volkskaufhaus“ statt.

**Danzig.** (E. 6. 9.) Unsere Ortsgruppe hielt am 2. September 1918 auf Verlangen der Kollegen eine Mitgliederversammlung ab, in welcher Stellung genommen wurde zur Erhöhung der Teuerungszulage sowie Stundenlohnaufschläge.

Nach dem Referat fand eine lebhafte Aussprache statt, in welcher zum Ausdruck gebracht wurde, daß die heute von den Fabrikanten gezahlten Akkord- und Stundenlöhne nicht im entferntesten ausreichen, sich über Wasser zu halten. Dieses sei nicht einmal ledigen Kollegen, geschweige denn Familienvätern möglich. Nach einer amtlichen Statistik der Kriegsamtstelle in Danzig braucht ein lediger Arbeiter, welcher nur rationierte Lebensmittel kauft und außerdem in der städtischen Wohnung einen Betrag von 42,43 Mk.

Aus der Versammlung heraus, welche von 36 männlichen und 8 weiblichen Kollegen besucht war, wurde folgende Entschließung eingebracht:

„Unsere heute, am 2. September 1918, tagende Mitgliederversammlung ersucht die Zentraltariffkommission, sofort zusammenzutreten, um angesichts der sprunghaft erhöhenden Preise aller zum Lebensunterhalt notwendigen Bedarfsartikel eine Erhöhung der Teuerungszulage sowie Stundenlohnaufschläge ab 1. Oktober d. J. zu beschließen, da die gegenwärtig gezahlten Zulagen bei weitem nicht mehr der unerhörten Teuerung genügen.“

Der Vorstand wurde beauftragt, diese Entschließung sofort dem Tarifamt zu Händen des Beisitzers Herrn Riedel zu senden.

**Elberfeld.** Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung fand am Sonntag, den 25. August, im Volkskaufhaus in Elberfeld statt.

Veranlassung hierzu hat eine Anregung aus Kollegenkreisen gegeben, unsere Lohnverhältnisse den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden entspann sich eine sehr lebhafte Aussprache. Allgemein wurde geflagt, daß durch die außerordentlich hohen Preise für alle Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände mit den erzielten Verdiensten ein Auskommen nicht möglich sei. Entweder sei eine Erhöhung der Lohnsätze oder der Teuerungszulage notwendig. Da eine Erhöhung der Lohnsätze jedoch eine Abänderung des Reichtariffs bedinge, die schwerlich durchzuführen sei, kam die Versammlung zu dem Beschluß, eine Erhöhung der Teuerungszulage zu beantragen. Begründet wurde dies damit, daß die gegenwärtig bestehende Teuerungszulage den Verhältnissen vom Sommer 1917 angepaßt sei. Durch die Einführung der prozentualen Teuerungszulage für Stücklohnarbeiter sei teilweise eine Verschlechterung des Verdienstes eingetreten. Die Verhältnisse haben sich seit Bestehen der Teuerungszulage sehr zumungunsten der Arbeiter geändert, so daß das Verlangen nach einer Erhöhung der Teuerungszulage nur zu berechtigt ist. Die winzigen Lohnsteigerungen, die bei den Stücklohnarbeitern bei den wenigsten Artikeln in Betracht kommen, die der neue Tarif gebracht hat, bieten keinen Ausgleich. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Die heute tagende Mitgliederversammlung findet die gegenwärtig gewährte Teuerungszulage den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr angemessen. Die sprunghaft in die Höhe gegangenen und noch stetig steigenden Preise für alle Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände bedingen eine Erhöhung der Teuerungszulage. Die Versammlung beauftragt daher den Zentralvorstand Schritte zu unternehmen, um eine Erhöhung der Teuerungszulage zu erreichen.“

Hierauf erstattete Kollege Schneider einen Bericht von den Verhandlungen der Schlichtungskommission. Da hierüber bereits in unserer Zeitung berichtet wurde, erübrigt es sich hier näher darauf einzugehen.

Unter „Verschiebung“ wurden nochmals die Zustände bei der Firma Mühlenfeld in Warmen einer scharfen Kritik unterzogen. Trotz Entlassungen hat die Firma dem Arbeiterauschuß erklärt, daß die tarifliche Arbeitszeit nicht eingeführt wird. Auch die Kriegsgegangenen werden weiter beschäftigt. Es sollen Schritte unternommen werden, um die Mitarbeiter zu befreieren. Hierauf wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

**Frankfurt a. M.** (E. 5. 9.) Die außerordentliche Mitgliederversammlung am Montag, den 2. September, beschäftigte sich in der Hauptfrage mit den aus verschiedenen Militäreffektenbetrieben eingegangenen Anträgen auf Erhöhung der Teuerungszulagen in der Leder- und Bekleidungsbranche. Die Versammlung wies einen guten Besuch auf. Von den Vertrauensleuten der einzelnen Betriebe wurde berichtet, daß die Frage einer baldigen Aufbesserung der Löhne schon seit längerer Zeit unter den Kollegen diskutiert wird. Die Lebenshaltung der Arbeiterklasse hat sich seit dem Neuausschlag des Reichstarifs wiederum in geradezu unerträglich Weise verteuert und die Löhne haben damit nicht Schritt gehalten, sondern sind im Gegenteil durch flauen Geschäftsgang zum großen Teil noch erheblich gesunken. Die Umwandlung der früheren Stundenzulage in die heutige prozentuale Zulage bei den Akkordarbeitern macht sich bei den sinkenden Akkordverdiensten auch äußerst unangenehm fühlbar. Alle Diskussionsredner stimmen darin überein, daß es unter den heutigen Teuerungszulageverhältnissen geradezu unmöglich ist, mit den Verdiensten der Leder- und Bekleidungsbranche auszukommen. Sie halten eine weitere Teuerungszulage an alle Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Industrie für eine dringende Notwendigkeit und beauftragen die Ortsverwaltung, sofort die erforderlichen Schritte hierzu einzuleiten. Die Ausführungen verdrängten sich zu folgender, einstimmig angenommenen Resolution:

„Die am 2. September 1918 im Gewerkschaftshaus zu Frankfurt a. M. versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen des Leder- und Bekleidungsberufes erachten die nach dem Reichstarif zurzeit gezahlten Teuerungszulagen in Anbetracht der seit ihrer Einführung wieder ungemessen verteuerten Lebenshaltung als durchaus unzureichend und auch nicht annähernd mehr den Verhältnissen entsprechend. Sie halten eine Verdoppelung der jetzigen reichsstariflichen Zulagen in allen Stufen als das allerdringendste Erfordernis und sind gewillt, mit allen verfügbaren gesetzlichen Mitteln und gestützt auf die Geschlossenheit ihrer Organisation dieser Notwendigkeit Geltung zu verschaffen.“

Im weiteren wurde von dem von verschiedenen Seiten kommenden und im Verbandsorgan publizierten Anregungen Stellung genommen, die fast alle dahin gehen, in alternativer Zeit einen Verbandstag abzuhalten. Einleitend gibt Kollege Höf einen Überblick über die Aufgaben eines Verbandstages im allgemeinen und über die Gründe, welche im besonderen für die baldige Abhaltung eines Verbandstages angeführt wurden und noch angeführt werden können. Auch der Vorsitzende, Kollege Rillich, vorbereitete sich des längeren über diese Frage und kommt zu dem Ergebnis, daß angesichts der Schwierigkeiten und enorm hohen Kosten, welche heute einem Verbandstage entstehen, die Abhaltung während des Krieges nicht zu empfehlen sei. Dasselbe wird auch in der weiteren Diskussion zum Ausdruck gebracht. Man ist der Meinung, daß das unbedingt Notwendige, wie die Wiederherstellung der Krankenunterstützung in der alten Form u. a. auch vom Vorstand und Ausschuss, evtl. unter Zuziehung der Gauleiter erledigt werden könnte. Wenn auch wichtige Probleme der Lösung harren, so sei ein Verbandstag unter den derzeitigen Umständen aber beim allerbesten Willen nicht in der Lage, an deren Lösung heranzugehen. Bezüglich der Zukunft tappen wir doch vollständig im Dunkeln und zu keiner Zeit sei die Situation unklarer gewesen als gerade jetzt. Demzufolge müßten die Kosten eines Verbandstages heute in umgekehrtem Verhältnis zu dem Nutzen stehen, den uns ein solcher unter den jetzigen Umständen zu bringen vermöchte, ganz abgesehen davon, daß einer großen Anzahl Kollegen heute die Möglichkeit genommen ist, bei dieser wichtigsten Institution unseres Verbandes beratend oder beschließend mitzuwirken, wozu sie auf Grund längerer und reichlicher Erfahrungen absolut berufen erscheinen. Aus allen diesen Gründen ist ein Verbandstag jetzt nicht zu befürworten und die über diese Frage veranfaltete Abstimmung ergab denn auch eine glatte einstimmige Ablehnung.

Der Kassenbericht wurde vom Kollegen Höf erstattet, ohne Diskussion zur Kenntnis genommen und Entlastung erteilt.

**Königsberg.** Am 29. August fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, in der unter anderem noch die Frage der jetzigen Teuerungszulage besprochen wurde. Fast sämtliche organisierten Kollegen und Kolleginnen waren erschienen. Durch den Vorsitzenden wurde darauf verwiesen, daß die jetzige Teuerungszulage nicht mehr mit den Lebensmittelpreisen in Einklang zu bringen ist. Die Debatte war sehr reger und wurde eine entsprechende Resolution angenommen, die den hiesigen Unternehmern unterbreitet werden soll. Gleichzeitig erklärten sich die Vertrauensleute und die Mitglieder der Arbeiterausschüsse bereit, bei ihren Arbeitgebern vorbeständig zu werden, um die Notwendigkeit der Erhöhung der jetzigen Zulage zu begründen.

**Magdeburg.** (E. 2. 9.) Mittwoch, den 28. August, fand unsere Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden in üblicher Weise und eröffnete um 8 Uhr die Versammlung. Zunächst war ein kleiner Zwischenfall mit der Polizei zu verzeichnen. Ein Unbekannter hatte die Versammlung bei der Polizei angemeldet, diese konnte uns aber keine Schwierigkeiten bereiten. Unter „Gewerkschaftliches“ wurden die Zustände in den einzelnen Betrieben erörtert. Es stellte sich heraus, daß es noch viele Kollegen und noch mehr Kolleginnen gibt, welche überhaupt nicht wissen, was ein Reichstarif bedeutet. So wurde bei der Firma Schüller nette Zustände festgestellt. Der Inhaber erklärte seinen Leuten, der Tarif habe noch keine Gültigkeit. Eine genaue Untersuchung wurde gegen den Fabrikanten eingeleitet. Die Kollegen wurden nochmals darauf hingewiesen, streng darauf zu achten, daß die Tariflöhne überall gezahlt werden. Die Forderung nach einer baldigen Erhöhung der Teuerungszulage wurde einstimmig erhoben. Die Versammlung äußerte sich einstimmig für die Abhaltung eines Verbandstages. Anwesend waren circa 60 Kollegen und Kolleginnen.

**Mainz.** (E. 2. 9.) Die am 13. August abgehaltene gut besuchte Mitgliederversammlung beschäftigte sich eingehend mit der augenblicklichen Situation und nahm einstimmig eine Resolution an, in welcher eine Erhöhung der Teuerungszulage um 50 Proz. gefordert wird.

Mürnberg. (G. 4. 9.) Am Mittwoch, den 21. August, fand im Gewerkschaftshaus der Metallarbeiter eine sehr gut besuchte Branchenversammlung aller auf Militäreffekten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt mit der Tagesordnung: Sind die gegenwärtig bezahlten Feuerungszulagen ausreichend zum Lebensunterhalt? Kollege Schramm gab in längerer Ausführung einen Rückblick auf die tariflichen Feuerungszulagen von 1916 bis heute und kam dann auf die gegenwärtige ungünstige Lage in der Leder- und Rüstungsindustrie zu sprechen. In der darauf folgenden Diskussion wurde von den beteiligten Kollegen und Kolleginnen betont, daß die jetzigen Zuschläge mit der steten Steigerung aller Lebens- und Bedarfsartikel nicht mehr in Einklang zu bringen sind und wurde hierauf einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die heute (21. August 1918) stattgefundene, außerordentliche Branchenversammlung aller auf Militäreffekten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ersucht den Zentralvorstand des Sattler- und Portefeuilleverbandes, die nötigen Schritte zu unternehmen, um durch eine angemessene Erhöhung der Feuerungszulagen einen Ausgleich zu schaffen gegenüber der herrschenden kolossalen Feuerung aller Lebens- und notwendigen Bedarfsartikel. Da der Abschluß des Reichstarifs am 1. April 1918 nennenswerte Verbesserungen für die Arbeiterklasse nicht brachte, durch Veränderung der Feuerungszulagen vielmehr für viele Kollegen und Kolleginnen eine Verschlechterung eingetreten ist, glaubt die Versammlung von weiteren Begründungen der Notwendigkeit einer Erhöhung absehen zu dürfen.“

Auch wurde von den anwesenden Kollegen der Wunsch laut, zur baldigen Abhaltung eines Verbandstages Stellung zu nehmen. Wegen der vorgerückten Zeit wurde die Versammlung auf Mittwoch, den 28. August, vertagt und war der Besuch der zweiten Versammlung noch besser als der vorhergehenden. Vom Kollegen Schramm wurden nochmals die Gründe bekanntgegeben, welche gegen Abhaltung eines Verbandstages sprechen und die in unserem Fachblatt schon genügend begründet wurden. Auch bei dieser Frage schon im Februar vom Kollegen Blum auf einer Konferenz in Berlin angeschnitten worden, und haben sich hier verschiedene Mitglieder des Zentralvorstandes gegen Abhaltung eines Verbandstages geäußert. Nach 1½stündiger heftiger Debatte für und wider wurde mit großer Mehrheit beschloffen, den Zentralvorstand zu ersuchen, die nötigen Vorarbeiten zur Einberufung eines Verbandstages zu unternehmen. Nachdem noch verschiedene örtliche Angelegenheiten: Lebensmittelversorgung, Feuerungszulagen in der Portefeuillebranche usw. besprochen waren, schloß der Vorsitzende Kollege Liebig die Versammlung mit dem Appell an die Anwesenden, auch in Zukunft die Versammlungen so zahlreich zu besuchen wie diesmal.

### Rundschau.

Neue Ermittlungen über die Mietsteigerungen. Der Deutsche Wohnungsaussschuß hat vor kurzem bei einer Reihe von Organisationen, die ihm als Mitglieder angeschlossen sind, eine Umfrage veranstaltet über Umfang und Art der neueren Mietsteigerungen und über die Wirksamkeit der bestehenden MieterSchutzeinrichtungen. Das Ergebnis dieser Umfrage ist recht bemerkenswert. Aus den bisherigen Antworten von etwa 20 bedeutenden Organisationen und einer großen Anzahl von Ortsgruppen der befragten Organisationen ergibt sich, daß fast in allen Gegenden des Deutschen Reichs — namentlich in der Rheinprovinz, in Westfalen, Hannover, Sachsen, Schlesien und Groß-Berlin — wiederholt allgemeine Mietsteigerungen vorgenommen worden sind und daß weitere Mietpreiserhöhungen bevorstehen. Die allgemeinen Erhöhungen der Mietpreise seit Kriegsbeginn bewegen sich danach zwischen 30 und 60 Proz. und betragen durchschnittlich etwa 20 bis 25 Proz. der Mieten vor dem Kriege; die Mietsteigerungen, die seit Oktober 1917 vorgenommen wurden, bewegen sich zwischen 5 und 25 Proz. der bisherigen Miete und betragen durchschnittlich etwa 10 bis 15 Proz. In Einzelfällen sind Steigerungen von 60 bis 100 Proz. zu verzeichnen. Die allgemeinen Steigerungen wurden meist angeregt durch Hausbesitzervereine. Aus Bochum wird berichtet, daß diejenigen Hausbesitzer, die mehrere Häuser besitzen, an erster Stelle vorzugehen pflegten. Die Mietverträge wurden vielfach nur kurzfristig abgeschlossen oder aber es wurden, wie aus Königsbütte berichtet wird, bei langfristigen Verträgen auf Jahre hinaus starke Staffelungen von Mietsteigerungen nach oben von Jahr zu Jahr vorgesehen. Die größten Steigerungen wurden bei Neuvermietungen erzielt. An zahlreichen Orten haben aber viele Neuvermietungen statfinden müssen, weil ganze Strahenzüge von Wohnhäusern zu hohen Preisen von industriellen Werken aufgekauft wurden. Gerade diese Vorgänge, wie sie aus der Provinz Hannover, aus Hamm, Königsbütte, Wismar und Senftenberg berichtet werden, haben

anscheinend eine große Wohnungssteuerung hervorgerufen. In einigen Orten wurden kleinere und mittlere, in anderen Orten größere Wohnungen von der Steigerung besonders ergriffen, weitaus in der Mehrzahl der genannten Bezirke sind aber die Mieten aller Wohnungen erhöht worden. Auch möblierte Zimmer wurden in manchen Städten von der Steigerung stark betroffen. Die Vorgänge vollzogen sich vielfach in größter Stille. Nach zahlreichen Angaben sind die Mieter infolge des Wohnungsmangels meist froh, wenn sie im Besitze der Wohnung bleiben können, und sie bewilligen daher die verlangte Mietsteigerung, ja sie bieten öfter sogar selbst höhere Mieten an, um sich vor Kündigung zu sichern oder bessere Wohnungen erhalten zu können. Das Miet-einigungsamt ist in sehr vielen Orten unbekannt oder führt ein Schattendasein. Vielfach sind auch die betroffenen Mieter (Kriegerverfrauen) geschäftlich zu ungewandt, um die richtigen Abwehrmittel anzuwenden. Aus einzelnen Städten wird berichtet, daß sich das Miet-einigungsamt bewährt habe. Es wird auch von großer Ueberlastung der Ämter gesprochen. In den meisten Antworten werden aber die bestehenden MieterSchutzbordnungen als unzureichend bezeichnet, und die Verschärfung der MieterSchutz-gesetzgebung durch die Verordnungen der Stellvertreternden Generalkommandos wird lebhaft begrüßt. — Das wesentliche Ergebnis dieser Umfrage liegt darin, daß sich in fast allen Gegenden Deutschlands auch nach Inkrafttreten der Bundesratsverordnung zum Schutze der Mieter vom 26. Juli 1917 Mietsteigerungen allgemeineren Umfangs durchgeführt haben und weitere allgemeine Erhöhungen erwartet werden.

### Bücherschau.

Rudel, das Kapital, und anderes. Von Ernst Prezang. In dem soeben erschienenen Band der Vorwärts-Bibliothek ist der Hauptband der ersten, recht zeitgemäßen Geschichte ein Vorstevieh namens Rudel, das einer armen Kriegerfrau einziges Kapital bibel und mancherlei merkwürdigen Schicksalen ausgesetzt ist, ehe es ins Jenseits — dem Rauchfang und Büfelfaß — landet. — An zweiter Stelle steht „Der Tolpatz“, die Erzählung von

Kaspar, dem großschlächtigen Schmiedegesellen, und Frieda, der zierlichen Siederin. — Den Beschluß bildet „Der Gänsehof“, das satirische Charakterbild eines Berliner „Aufstiebers“. — In diesem unterhaltlichen Bude, das namentlich auch unsere Feld-grauen interessieren wird, vereinigen sich Scherz, Satire und jene tiefere Bedeutung, die wir auch von heiteren Darstellungen fordern müssen.

Der Preis für das gebundene Buch beträgt 2 Mk. (Porto 20 Pf.) Es ist durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Die „Kommunale Praxis“ erscheint im gleichen Verlage und machen wir besonders auf die Nr. 34 dieser Zeitschrift aufmerksam, in der ein Beitrag der Stadt Offenbach mit einer G. m. b. H. enthalten ist über die Beschaffung von Möbeln.

### Briefkasten der Redaktion.

Zu der Feuerungszulagenbewegung gingen uns eine Anzahl Versammlungsberichte zu, die wir wegen des knappen Raumes teils kürzen, teils zurückstellen mußten. Wir bitten dies zu entschuldigen.

### Sterbetafel.

Als Opfer des Weltkrieges fielen unsere Mitglieber

- Kos. Keilholz, Nürnberg, 19 Jahre alt.
  - Georg Gebhard, Nürnberg, 24 Jahre alt.
  - Johannes Göy, Stuttgart, 20 Jahre alt.
  - Adolf Kagenwadel, Stuttgart, 20 Jahre alt.
  - Theodor Kibler, Stuttgart, 28 Jahre alt.
  - Rudolf Wörner, Stuttgart, 27 Jahre alt.
- In russischer Gefangenschaft gestorben:  
Karl Sutor, Stuttgart, 36 Jahre alt.

Berlin. Am 4. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Sattler Paul Sempel, 68 Jahre alt.

Nürnberg. Im Alter von 31 Jahren verstarb unser Mitglied Walburga Dedinger.

Offenbach a. M. Am 31. August verstarb unser langjähriges Mitglied, der Portefeuille Leonaard Schneider, 51 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

### Verwaltungsstelle Berlin.

Achtung! Militärbranche! Achtung!  
Mittwoch, den 18. September, abends 7½ Uhr, im Saal 3 des Gewerkschaftshauses, Engelfufer 15

### Vertrauensmännerversammlung.

Tagesordnung:

1. Ausgabe statistischer Fragebogen.
2. Bericht der Vertrauensmänner über die Antwort ihrer Arbeitgeber betreffs Gewährung einer neuen Feuerungszulage.
3. Verschiedenes.

N. B. Die Arbeiteraussschußmitglieder sind zu dieser Versammlung ebenfalls dringend eingeladen. Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Die Branchenleitung.

### Ca. 50 Hundemaulkörbe

ff. Leder mit gutem Nickelverschlag, zu verkaufen.

Paul Matthies Nachf., Köhschenbroda.

### Jeder Sattler,

der durch Herausgehen der Ahlfleisen bei schwerer Arbeit Kerger und Zeitverlust hat, lasse sich von mir eine Probeahle kommen, welche alle Fehler beseitigt und mit welcher es eine Freude ist, zu arbeiten.

Zu beziehen durch

Karl Schiller, Stuttgart,

Luisenplatz 6.

## Belegscheinfreie Strähnen Gurte

(Baumwollsträhnen mit Lederkappen) habe abzugeben.

C. Dose, Fabrik für Militärausrüstungen, Berlin, Borsigener Straße 16 a.

## Chair-Leder für Damenhut-Fabrikation

in allen Farben gesucht.

Albert Wolff, Berlin, Spittelmarkt 8/10.

Se ein tüchtiger Vorarbeiter

### für Koffer- und Portefeuilles-Fabrikation

für sofort oder später gesucht.

Angebote an R. Kühlewein & Co., Erfurt-N., Wendenstr. 5.